

8

85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 7. März 1985

Halbzeit in Bonn: Der Kurs stimmt

Mit dem überzeugenden Wahlsieg vor zwei Jahren bestätigten unsere Mitbürger den von Bundeskanzler Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 begonnenen Konsolidierungskurs. Die Bürger hatten klar erkannt, daß die SPD in ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gescheitert war. Die Regierungskoalition und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion können aufgrund ihres ordnungspolitischen Neubeginns trotz der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt überzeugende Erfolge vorweisen.

Das Bruttosozialprodukt nahm 1983 um 1,3 Prozent und 1984 um 2,6 Prozent zu. Die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für 1984 waren noch wesentlich günstiger, aber durch den Arbeitskampf in der Druck- und Metallindustrie im Frühjahr 1984 konnten sie nicht vollständig genutzt werden. Bei der Leistungsbilanz verzeichnen wir für 1983 einen Überschuß von 10,3 Mrd. DM und für 1984 von 17,9 Mrd. DM. Bei der Handelsbilanz gab es einen Überschuß von 47 Mrd. DM bzw. 55 Mrd. DM für 1983 und 1984. Diese Daten verdeutlichen die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten.

Die Inflationsrate konnte 1983 auf 3 Prozent und 1984 auf 2,4 Prozent gesenkt werden. Hiermit verzeichnen wir wieder das gleiche Maß an Preisstabilität wie vor 15 Jahren, als die Union ebenfalls in der

(Fortsetzung Seite 2)

In dieser Ausgabe
lesen Sie:

■ ARBEITSMARKT

Norbert Blüm: Höhepunkt der Arbeitslosigkeit ist überschritten

Seite 2

■ MEDIEN

Bericht vom medienpolitischen Kongreß der CDU und CSU in Mainz / Auszüge aus der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl

Seite 3

■ INNENPOLITIK

Bundesfachausschuß verabschiedet Thesen zur inneren Sicherheit

Seite 11

■ FRAKTION

Das von der CDU/CSU vorgelegte Beschäftigungsförderungsgesetz soll den Arbeitsmarkt entkrampfen

Seite 13

■ PERSONALRATSWAHLEN

Eine Erklärung des Bundesvorstandes

Seite 14

■ FLUGBLATT ZUR SACHE

Die Renten sind sicher

Seite 15

■ DOKUMENTATION

Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland grüner Teil

■ REGISTER

Diese UID-Ausgabe enthält das Stichwort-Register für die Nummern 1—40/1984

blauer Teil

Norbert Blüm:

Höhepunkt der Arbeitslosigkeit ist überschritten

Trotz der Fortsetzung des extrem strengen Winters ist im Februar die Arbeitslosenzahl zurückgegangen. Das beweist: Die wirtschaftlichen Auftriebskräfte haben die Oberhand gewonnen. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit ist überschritten, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur neuesten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Wir können den Abbau der Massenarbeitslosigkeit schaffen, wenn niemand abseits steht und sich alle an einer großen Aufschwungsinitiative auf dem Arbeitsmarkt beteiligen. Die konjunkturelle Besserung darf nicht am Arbeitsmarkt vorbeigehen. Unternehmen geht vor Unterlassen, Zupacken vor Abwarten, Einstellen vor Überstunden.

Auch die Bundesregierung wird ihren Beitrag leisten. Noch in den nächsten Wochen wird das Beschäftigungsförderungsgesetz verabschiedet. Es wird Erstarungen auflösen, der Flexibilität Nachschub geben und damit Einstellungen erleichtern.

Die Zeichen des Arbeitsmarktes stehen auf Besserung:

- Der Zugang an offenen Stellen lag mit 114 000 um 19,2 Prozent über dem Vormonat und um 6,6 Prozent über dem Vorjahresmonat,
- die Zahl der offenen Stellen am Monatsende lag erstmals wieder über der 100 000-Marke und erreichte mit 101 000 den höchsten Stand seit Juli 1982,
- die Zahl der Arbeitsvermittlungen lag mit 132 000 um 15,4 Prozent über dem Vormonat und um 8,8 Prozent über dem Vorjahresmonat: seit 1980 hat es in einem Februar nicht mehr so viele Arbeitsvermittlungen gegeben.

(Fortsetzung von Seite 1)

Regierungsverantwortung stand. Ein Prozent weniger Inflation bewahrt die Rentner vor einem Kaufkraftverlust in Höhe von 1,35 Mrd. DM und die Arbeitnehmer von 5 Mrd. DM. Den Sparern wird ein Wertverlust ihres Geldvermögens von 17,8 Mrd. DM erspart. Insgesamt ist die Kaufkraft der Bürger durch die Senkung der Preissteigerungsrate seit dem Regierungswechsel 1982 um ca. 30 Mrd. DM gestiegen. Für 1984 verzeichneten Arbeitnehmer wie Rentner wieder einen Zuwachs beim realen Einkommen und bei den Renten.

■ Stabile Preise sind die beste Einkommens- und Lohnpolitik. Die Senkung der Inflationsrate brachte somit mehr wie jedes staatliche Konjunktur- oder Beschäftigungsprogramm, wie es von der SPD und

den GRÜNEN in den verschiedensten Formen vorgeschlagen wird.

Außerdem sind zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt Maßnahmen wie das Vorruhestandsgeldgesetz, das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern, das Arbeitszeitgesetz und das Beschäftigungsförderungsgesetz eingeleitet worden. Diese Maßnahmen sind sämtlichen staatlichen Beschäftigungsprogrammen vorzuziehen, da sie am Arbeitsmarkt langfristig strukturell mehr bewirken wie jedes Programm.

Nur durch eine Politik der Verlässlichkeit und des Vertrauens in die langfristigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen wird es uns gelingen, auch auf dem Arbeitsmarkt für Entlastung zu sorgen, stellt MdB Wissmann fest.

■ MEDIENKONGRESS IN MAINZ

Medien von morgen – für Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt

Der Medienkongreß der CDU/CSU am 27. und 28. Februar 1985 in Mainz stand unter dem Leitwort „Medien von morgen — für Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt“. Rund 1 000 Teilnehmer unterstrichen das rege Interesse der Fachwelt an diesem Kongreß und die hohe Kompetenz der Union in der Medienpolitik. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling, Staatssekretär Dr. Edmund Stoiber und der Kongreßleiter Dr. Werner Remmers zeigten in vielbeachteten Grundsatzreferaten den Weg in die medienpolitische Landschaft der Zukunft auf.

Mit der Mainzer Fachtagung ist die Union in die Praxisphase der Gestaltung der neuen Medienlandschaft eingetreten. Das medienpolitische Profil der CDU/CSU ist durch die Vorlage ihres neuen Medienkonzepts „Medien von morgen — Programm der CDU/CSU für eine freiheitliche Informations- und Kommunikationspolitik“ erhärtet worden. Die Teilnehmer des Kongresses haben in Diskussionen und Gesprächen dieses Konzept als einen wichtigen Beitrag zur verantwortlichen Ausformung der neuen Medienordnung in der Bundesrepublik Deutschland gewertet.

Neben den richtungsweisenden Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl, Ministerpräsident Bernhard Vogel, von Postminister Christian Schwarz-Schilling und Staatssekretär Edmund Stoiber lag am ersten Tag

ein weiterer Schwerpunkt auf den anschließenden Beratungen in drei Foren, die sich mit der Medienprogrammatik der Union, den wirtschaftlich-technischen Fragen der neuen Medien und deren Wirkungen auf Familie, Kultur und Journalismus beschäftigten. Eine praxisnahe technische Sonderschau von Technologiefirmen, der Deutschen Bundespost, der Kabelpilotprojekten, ARD, ZDF und RTL demonstrierte den Teilnehmern die heute schon vorhandene elektronische Technik und die neuen Programme der privaten Rundfunkveranstalter. Auf einer Podiumsdiskussion unter Leitung von Werner Remmers diskutierten am zweiten Kongreßtag Vertreter der öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkveranstalter, der Zeitungsverleger, der Wissenschaft, des Theaters und des Journalismus über „Neue Medien für alle — Maßstäbe und Perspektiven“.

In den Reden von Helmut Kohl, Bernhard Vogel, Christian Schwarz-Schilling und Edmund Stoiber kam die Entschlossenheit der Union zum Ausdruck, neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten privaten Veranstaltern eine echte Chance zum Wettbewerb zu geben, um das Verfassungspostulat des Jedermannsrechts auf Meinungsfreiheit im Zeitalter der neuen Informations- und Kommunikationstechniken zu verwirklichen.

Bundeskanzler Kohl betonte, daß die Konkurrenz der Medien auch zum Wettbewerb der Ideen beitragen und den vernünftigen Umgang mit der Freiheit fördern werde. „CDU und CSU, die in unserem

Land die Soziale Marktwirtschaft eingeführt haben, bleibt es vorbehalten, die letzte Zwangsbewirtschaftung aufzuheben, nämlich die im Bereich der Medien", erklärte Helmut Kohl (Auszüge aus seiner Rede auf den folgenden Seiten).

Ministerpräsident Bernhard Vogel appellierte in Mainz nochmals mit großem Nachdruck an die SPD-regierten Länder, endlich einen Staatsvertrag über die Neuordnung des Rundfunkwesens abzuschließen. Wörtlich sagte Dr. Vogel: „Man muß sich gut überlegen, in den entscheidenden Fragen der neuen Medienordnung für Deutschland nicht gemeinsam zu handeln. Aber wir haben nicht mehr viel Zeit. Wir sind gesprächsbereit, aber nur noch für die nächsten Wochen.“ Edmund Stoiber bekräftigte die Haltung der Union in dieser Frage mit dem Satz: „Der ‚Föderalismus‘ steht hier am Scheideweg.“ Wenn private Anbieter überhaupt noch eine echte Entfaltungschance haben sollen, müßte dafür im Medienstaatsvertrag durch eine ausreichende Finanzierung die Grundlage geschaffen werden, präzisierte Edmund Stoiber.

Bundespostminister Schwarz-Schilling legte in detaillierter Form die offenen Ausbaukonzepte der Post mit parallelen Entwicklungslinien dar und verteidigte den Ausbau der Kabelfernsehtetze als wichtigen Beitrag für eine höhere Lebensqualität und die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Auf hohem fachlichen Niveau bewegten sich die Referate in den dichtbesetzten Foren. Im Zentrum der Diskussion im Forum 1 „Medienpolitische Grundsätze für die Medien von morgen“, das von Prof. Eberhard Dall'Asta geleitet wurde, stand das Verhältnis zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern in einer zukünftigen Medienordnung.

Ausgehend von einer notwendigen Planungssicherheit für private Veranstalter

müßten detaillierte Programmauflagen für private Veranstalter entfallen, weil sie — im Gegensatz zu den gebührenfinanzierten Programmveranstaltern mit ihrem „binnenpluralen Programm“ — das ganze wirtschaftliche Risiko allein zu tragen hätten. Auch die verfassungsrechtlich außerordentlich wichtige Frage der Anforderungen an den Pluralismus wurde erörtert. Man war sich einig, daß an die Anforderung des Pluralismus keine zu hohen Ansprüche gestellt werden sollten. Es komme nicht auf ein perfektioniertes System an, sondern es werde nur mit dem Bundesverfassungsgericht verlangt, daß alle inländischen Programme ein Mindestmaß an Ausgewogenheit zusammen besäßen. Drei Grundvoraussetzungen für ein chancengerechtes Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Veranstaltern wurden als unverzichtbar angesehen: Keine weitere Ausdehnung des gegenwärtigen Gebühren- und Werbeaufkommens der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ungehinderte bundesweite Einspeisung der Programme privater Veranstalter und keine Kooperation der öffentlich-rechtlichen Anstalten mit privaten Programmanbietern zu rein privatwirtschaftlichen Tätigkeiten.

Bei den wirtschaftlich-technischen Fragen der neuen Medien im Forum 2 unter Leitung von Frau Minister Birgit Breuel ging es um die Verkabelung, die Akzeptanz der neuen Medien und wirtschaftliche Zusammenhänge der Kommunikationspolitik. Vorrangig bleibe der Gesichtspunkt, daß ohne die neuen Technologien ein Wirtschaftswachstum auf Dauer nicht möglich sei und daß deshalb ein Aussteigen aus der Anwendung von „High Tec“ für unsere Wettbewerbsfähigkeit katastrophale Folgen haben würde. Der EDV-Bereich z. B. sei einer der zukunftssträchtigen Wachstumsträger, und auch in der Unterhaltungselektronik böte sich ein enormes Wachstumspotential nicht nur für die gro-

Ben Anbieter, sondern auch für kleine Unternehmen. Für den Bund ist die Informationstechnik **die** Wachstumsindustrie par excellence. Der Schwerpunkt der staatlichen Förderung beruhe neben dem Beitrag der Post auf der Förderung von Forschung und Entwicklung und der optischen Nachrichtentechnik als **der** Basistechnologie der Zukunft.

Im von Dieter Weirich (MdB) geleiteten Forum 3 beschäftigten sich die Teilnehmer mit den Wirkungen der neuen Medien auf Familie, Kultur und Journalismus. In der Tendenz zeigten fast alle Referenten die bislang in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung verkannten Vorteile

der neuen Medien auf. Nachteile würden aufgrund diffuser Ängste oder aus Gründen der Ideologie und Macht herbeigeredet, seien aber empirisch keineswegs nachweisbar. Die Schwierigkeiten bei einer breiten Einführung der neuen Medien lägen bei technischen und wirtschaftlichen Problemen. Deutlich absehbar seien die erweiterten Chancen für Berufe und Kultur in unterschiedlichen Regionen und vor allem auch auf örtlicher Ebene. Positiv wäre auch die verstärkte kreative Arbeit im Umgang mit den neuen Medien eingeschätzt, wobei die Medienpädagogik in Zusammenarbeit mit Elternhaus und den Medienverantwortlichen eine stärkere Akzentuierung erfordere.

„Die Bundesrepublik Deutschland auf dem Weg ins Informationszeitalter“

Auszüge aus der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl

Medienpolitik ist heute in aller Munde. Das hat seine Gründe: Immer mehr wird die Bedeutung der Medien für die Verteilung von öffentlicher Aufmerksamkeit für Informationen und Meinungen erkannt.

Die für eine freiheitliche Gesellschaft schlechthin konstituierende Freiheit der Information und der Meinungsäußerung ist abhängig von der Fähigkeit der Medien, das Publikum möglichst umfassend über das zu unterrichten, was — wo auch immer — mit öffentlicher Relevanz geschieht.

Der zweite Grund für den Bedeutungszuwachs der Medienpolitik muß in der stürmischen Entwicklung der Medientechnologie gesehen werden.

Die technische Entwicklung hat unsere Unterscheidungen zwischen Presse und Rundfunk, zwischen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Organisation hinfällig

gemacht. Sie hat neue Möglichkeiten für neue Programme und Dienste zur Verfügung gestellt, die eine neue Ordnung verlangen.

Medienpolitik ist so zu einem wichtigen Feld jeder Politik geworden, die sich das Ziel gesetzt hat, den Freiheits- und Entscheidungsraum des Bürgers zu sichern und zu erweitern.

Deshalb ist Medienpolitik ein geradezu klassisches Thema der CDU/CSU.

CDU und CSU haben schon vor etwa zehn Jahren zu den alten und neuen Medien umfassende programmatische Aussagen entwickelt: zur Presse, zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten, zur Nutzung von Kabel und Satellit, und natürlich auch zum Film und der Medienpädagogik.

Lange Zeit standen wir damit allein auf weiter Flur. Bereits in den 70er Jahren haben wir uns in vielen Diskussionen mit den

Chancen und Auswirkungen künftiger Medienordnungen beschäftigt, als sich andere durch die neuen Entwicklungen belästigt — um nicht zu sagen: in ihrer Machtposition bedroht — fühlen. Heute ist keine andere Partei in der Lage, ein so umfassendes, in sich geschlossenes Medienkonzept vorzustellen, wie wir es auf diesem Medienkongreß tun.

Wir hatten in den Unionsparteien gegenüber dem medientechnischen Fortschritt von Anfang an keine Berührungsängste.

Vor allem aber sahen und sehen wir die Chancen für mehr Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt und damit zugleich für neue Vitalität in unserer Demokratie und ihrem Prozeß der politischen Meinungs- und Willensbildung.

Wenn wir neue Freiheitschancen für den Bürger erkennen, ziehen wir nicht die Notbremse und rufen nicht nach staatlicher Reglementierung. Wir mißtrauen nicht den Bürgern, wir vertrauen ihnen — ihrer Kraft zur Selbstbestimmung, zur Vernunft und ihrer Fähigkeit, Freiheit verantwortungsbewußt zu gebrauchen.

Seit der Gründung der Koalition der Mitte von CDU, CSU und FDP haben Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt neue Chancen bekommen. Wir haben die medienpolitische Blockade der 70er Jahre beendet.

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland international konkurrenzfähig bleibt. Wir würden als Industrienation abdanken, wenn wir technische Spitzenprodukte lieber importieren würden, statt sie selber herzustellen und auch auf Auslandsmärkten anzubieten.

Aber es geht um mehr als um unsere wirtschaftliche Zukunft. Es geht um die geistige Orientierung, die unsere Gesellschaft prägt; es geht darum, daß unsere politische und kulturelle Ordnung vom zentra-

len Gedanken der Freiheit bestimmt bleibt.

Wir sind aus prinzipiellen politischen Gründen gegen jede Einengung der Informations- und Meinungsfreiheit. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, den Bürger zu bevormunden.

Auf dem Weg ins Informationszeitalter hat verantwortliche deutsche Politik unsere Rolle zweifach zu definieren:

als Kulturnation und als Industrienation. Mit dem Begriff der Informationsgesellschaft muß unsere Industrienation weit mehr als nur die Innovation im Bereich der Massenmedien verbinden.

Information ist Rohstoff und Instrument jeder Form von Datenverarbeitung, der Büro- und Industrieelektronik, aller Formen des Schulwesens, der Bildungsvermittlung und selbstverständlich der elektronischen Medien.

Wir brauchen die Spitzentechnologie der Informationsverarbeitung, wir müssen an ihr teilhaben. Und obwohl es hier um uns besser steht, als manche Pessimisten meinen, so haben wir doch ausgerechnet in unseren traditionell starken Industriezweigen, in der Elektro-, in der Fernseh-technik, erheblich an Terrain verloren.

Ich bin überzeugt, daß der Erfindergeist in Deutschland nicht ausgestorben ist. Allerdings hat eine verfehlte Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren die freie Entfaltung neuer Ideen eher behindert als gefördert, und sie hat vor allem das gebremst, was man heute Technologietransfer nennt.

Die Bundesregierung hat in den letzten zwei Jahren den Weg freigemacht für die Entwicklung und Anwendung moderner Zukunftstechniken im gesamten Informations- und Kommunikationswesen.

Wir als Europas größte Industrienation sind darauf angewiesen, daß wir in der Entwicklung, Herstellung und Vermark-

tung von Spitzentechnologien unsere führende Stellung in der Welt behaupten und erweitern und daß wir sie dort, wo sie in den Bereichen der Mikroelektronik verlorengewonnen ist, zurückgewinnen.

Die neuen Basistechnologien werden in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren einer der größten Wachstumsmärkte der Welt sein. Sie sind die Vorreiter unserer Volkswirtschaft, und es ist falsch zu glauben, daß man sie nur in hochspezialisierten Betrieben finden wird. Produkte und Systeme der Informations- und Kommunikationstechnik werden im Alltag, von der Küche bis zum Wohnzimmer, so selbstverständlich werden wie heute der Fernseher oder der Taschenrechner.

Ich habe schon in meiner ersten Regierungserklärung betont: Wir sind nicht unkritisch fortschrittsgläubig.

Wir müssen uns allerdings klar darüber sein, daß Technologiefeindlichkeit und Technologieverweigerung morgen oder übermorgen das Ende Deutschlands als Industrienation wären — mit allen Konsequenzen auch auf dem Arbeitsmarkt. Eine Blockade der neuen Techniken, eine Politik der passiven Verweigerung, die rebellische Lust am Aussteigen wären für unser Land, seine wissenschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, katastrophal.

Niemand will und darf verschweigen, daß durch die Rationalisierungseffekte der neuen Techniken Arbeitsplätze verlorengehen. Jedoch: Die neuen Techniken schaffen auch neue zukunftssichere Arbeitsplätze, sie fördern unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten und sichern den Ertrag und Erfolg unserer Volkswirtschaft.

Nicht zuletzt werden die neuen Technologien die Wettbewerbschancen der kleinen und mittleren Unternehmen verbessern. Sie haben sich schon jetzt bei raschen

Veränderungen anpassungsfähiger gezeigt als manche Großunternehmen.

Die Bundesregierung und die Bundespost werden ihre mittelstandsfreundliche Politik fortsetzen. Die Zusammenarbeit mit dem Handwerk beim Aufbau der medientechnischen Infrastruktur wollen wir intensivieren.

An dieser Stelle möchte ich unserem ebenso oft wie ungerecht angefeindeten Freund Christian Schwarz-Schilling danken. Ohne die durch ihn veranlaßten Vorleistungen der Post könnte ein zukunfts-trächtiger Medienmarkt überhaupt nicht entstehen.

Wir begreifen den Wandel der Medienstruktur als nationale Aufgabe von hohem Rang. Jetzt werden die Weichen für künftige Entwicklungen gestellt, die unser gesellschaftliches Leben und unsere politische Kultur nachhaltig beeinflussen werden.

Diese Aufgabe können weder die Länder noch der Bund allein erfüllen. Ich weiß und respektiere, daß das Schwerkgewicht der Zuständigkeiten für eine Medienordnung bei den Ländern liegt. Die Bundesregierung hat jedoch ihrerseits alles unternommen, um die technischen Voraussetzungen für die neuen Medienstrukturen zu schaffen.

Der Bundespostminister ist dabei nachzuholen, was viele Jahre lang versäumt worden ist. Während in unseren Nachbarländern — Belgien, Holland, Schweiz u. a. — längst Verkabelungsdichten von 50 bis 80 Prozent erreicht wurden, hatten bei uns Ende 1982 gerade zwei Prozent der Haushalte einen Kabelanschluß. Kabelanschluß haben jetzt rund eine Million Haushalte, knapp zwei Millionen weitere sind anschließbar, haben also den sogenannten Übergabepunkt vor der Haustür.

Natürlich ist das nur ein Anfang. Wem es nun plötzlich nicht schnell genug geht, der sollte berücksichtigen, daß in einigen Bun-

desländern die gesetzlichen Voraussetzungen noch nicht geschaffen sind, die es überhaupt erst ermöglichen, neue Programme aus dem In- und Ausland in die Kabelnetze einzuspeisen.

CDU und CSU fordern nachdrücklich, daß der Staatsvertrag der Bundesländer zur Neuordnung des Rundfunkwesens endlich unter Dach und Fach gebracht wird. Es ist höchste Zeit für die Erkenntnis, daß die deutschen Bundesländer und die gesamte Bundesrepublik Deutschland sich recht klein ausnehmen in den Dimensionen des Satellitenfernsehens, das Kontinente umspannt. Wir dürfen keine Medienprovinz werden.

Der mündige Bürger darf weder manipuliert noch monopolisiert werden. Und das gilt auch und gerade für das, was er aus seinem Radio hört und in seinem Fernsehapparat sieht. Sein Recht der freien Wahl gilt auch für das tägliche Funk- und Fernsehprogramm. Das ist eine Frage der politischen Grundanschauung.

Trotz aller notwendigen Kritik ist es unbestreitbar, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern hervorragende Leistungen erbracht haben.

Jedoch die Zeit eines Monopols ist vorbei. Neue Übertragungstechniken beseitigen die alten Grenzen für Information und Kommunikation.

Der CDU/CSU, die in unserem Land die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat, bleibt es vorbehalten, die letzte Zwangsbewirtschaftung aufzuheben, die es bei uns noch gibt.

Wir öffnen den Zeitungsverlagen den Weg zur elektronischen Verbreitung ihrer Informationen. Es wäre durch nichts zu rechtfertigen, die Zeitungen allein auf das klassische Druckverfahren festzulegen, das vor fünf Jahrhunderten von Johannes Gutenberg erfunden wurde.

Unsere Medienpolitik richtet sich nicht gegen die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Uns geht es nicht darum, ihre Existenz in Frage zu stellen oder ihnen ihre Arbeit schwerer zu machen.

Aber wir sind entschlossen, privaten Veranstaltern die Chancen zu einem fairen Wettbewerb zu geben.

Dabei wissen wir, daß auch die neuen Programme nicht alle Wünsche erfüllen werden. Die neuen Sendungen werden wie die alten nicht nur Freude machen, sondern auch Ärger bringen.

Offene informierte Gesellschaft kann nur entstehen, wenn die Bürger ihre Meinung und ihr Urteil auf eine möglichst breite und vielfältige Unterrichtung gründen können. Um so fruchtbarer ist die öffentliche Debatte, um so freier am Ende die Entscheidung.

Ich verkenne nicht, daß die Informationsflut nicht nur Chancen bietet, sondern auch Probleme mit sich bringt. Für Journalisten und Redakteure auf der einen und Zuschauer und Zuhörer auf der anderen Seite wird es zusehends schwieriger, den Informationsfluß zu ordnen.

Hinzu kommt, daß es beileibe nicht nur die vermehrten und andersartigen Programme in Rundfunk und Fernsehen sind, die allein das Informationszeitalter ausmachen werden. Die neuen computergestützten Text-, Daten- und Bilddienste mit ihrer schnellen und umfassenden Kommunikation drängen und dringen in unseren Alltag. Vielen Menschen ist das ungewohnt, wie jede neue Technik.

Aber schon die Selbstverständlichkeit, mit der unsere Kinder mit Computern umgehen, zeigt uns, wie schnell die Menschen lernen, sich auch diese neue Technik zu Diensten zu machen. Mikroelektronik, Digitaltechnik, Breitbandkabel und Satellitentechnik bringen außerdem nicht nur mehr Information und Unterhaltung ins

Haus, sondern sie geben auch die Möglichkeit, zu ordnen und zu sortieren.

Wen all die neuen Angebote wie Bildschirmtext und Videotext irritieren, der sollte sich daran erinnern, daß wir uns auch in der Vergangenheit immer wieder an neue Technologien gewöhnt und ihre Vorteile zu schätzen gelernt haben.

Auch bei uns wird es schließlich nicht anders sein als in den USA und Großbritannien:

Wer mehr Information und Unterhaltung zur Auswahl hat, sitzt nicht **länger** vor dem Fernsehgerät, sondern **zufriedener**.

Die Konkurrenz der Medien wird auch zum Wettbewerb der Ideen beitragen und den vernünftigen Umgang mit der Freizeit fördern. Die oft beschworene Gefahr, daß ein freies Informationsangebot zu Niveauverlust und geistiger Nivellierung führt, ist dort nicht eingetreten, wo private Programme das öffentlich-rechtliche Angebot ergänzen. Im Gegenteil, seit es in England neben der staatlichen BBC auch privates Fernsehen gibt, ist die BBC nach allgemeinem Urteil leistungsfähiger, schneller und lebendiger geworden.

CDU und CSU fordern die Zulassung privater Rundfunk- und Fernsehprogramme in allen Bundesländern. Das bringt die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht um. Sie haben einen dreißigjährigen Wettbewerbsvorsprung. Sie haben die Zuschauer, die die anderen sich erst erobern müssen. Und wenn die neuen Programmanbieter überhaupt eine faire Start- und Aufbauchance haben sollen, dann darf das Werbevolumen von ARD und ZDF nicht nennenswert ausgeweitet werden.

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten brauchen nicht mehr Werbung, sondern mehr Wettbewerb. Gerade die vielen Aktiven, Kreativen und Tüchtigen in den heutigen Funk- und Fernsehanstalten fürchten sich nicht vor der Konkurrenz.

Es gibt viele gute Journalisten und Programmacher, die über die Unbeweglichkeit, die Bürokratisierung und über negative Auswirkungen des Parteienproporz stöhnen. Gerade deshalb haben wir die Kandidatur eines parteilosen Fachmannes beim WDR unterstützt.

Die Nachwehen der kulturpessimistischen, technikfeindlichen Tendenzen der siebziger Jahre führen bei manchen Programmachern ein zähes Eigenleben. Das ist um so gefährlicher, weil dem Fernsehen in seiner heutigen Monopolstellung weithin eine gleichsam offizielle Autorität zugemessen wird.

Manche Fernsehjournalisten scheinen sich dieser besonderen Verantwortung nicht bewußt zu sein. Was sich einige von ihnen im Umgang mit unseren Verbündeten und in der Berichterstattung über den amerikanischen Präsidenten geleistet haben, grenzt an einen Skandal.

Es sind ja die Bürger selbst, die sich dieser Indoktrination zunehmend entziehen. Zuerst durch leistungsfähigere Hausantennen, mit denen auch Programme der Nachbarländer empfangen werden können, und dann durch den Videoboom.

Diese Entwicklung hat stattgefunden, **ehe** es Kabelfernsehen und private Rundfunkprogramme gab — oder vielleicht gerade deswegen, weil es sie noch nicht gab.

Die inzwischen aufgetretenen Fehlentwicklungen auf dem Videomarkt werden wir energisch bekämpfen. Die Novelle des Bundesjugendschutzgesetzes wird dazu beitragen. Darüber hinaus appelliere ich an die Bundesländer, die Jugendschutzregelungen in den Ländermediengesetzen aufeinander abzustimmen.

Als Beitrag zur aktuellen medienpolitischen Diskussion wird das Bundeskabinett die „Vorstellungen des Bundes für ei-

ne Medienordnung der Zukunft“ verabschieden.

Die Bundesregierung ist bereit, auf dieser Grundlage mit allen Bundesländern zusammenzuarbeiten. Dabei kann uns natürlich nicht gleichgültig bleiben, wie stark die einzelnen Länder an einem zügigen Ausbau ihrer kommunikationstechnischen Infrastruktur interessiert sind.

Wer über die Zukunft unserer Medien spricht, ist zugleich mit unserer Zukunft als Kulturnation befaßt.

Die neuen Medien und hier insbesondere die Satellitentechnik werden die Kulturkreise unserer Erde einander noch wesentlich näherbringen als bisher. Dies bringt zweifellos das Risiko kultureller Einebnung mit sich. Die Geschichte lehrt, daß die Überlebensfähigkeit von Kulturen durch die Sprache gesichert wird.

Es geht mir mit diesem Hinweis nicht darum, Barrieren aufzurichten oder einem kulturellen Projektionismus das Wort zu reden. Es geht vielmehr darum, daß wir auch in der engerwerdenden Welt unsere kulturelle Identität bewahren, und das ist nur möglich, wenn wir uns im internationalen kulturellen Schaffen auch mit unseren eigenen Produktionen behaupten.

Deshalb gehört in diesem Zusammenhang auch die Zukunft des deutschen Films. Dabei dürfen wir nicht in den alten Kategorien — hier Fernseh-, dort Kinofilm — steckenbleiben. Ich denke hier an eine Filmgattung, die Zehntausende von Programmstunden für ein Zeitalter bereitstellen soll, dessen riesiger Programmbedarf kaum vorstellbar ist.

Die westeuropäische Film- und Fernsehindustrie deckt gegenwärtig nur einen kleinen Teil des ständig wachsenden Bedarfs, der nach einer britischen Prognose bis 1990 auf rund 500 000 Programmstunden im Jahr ansteigen soll. Dem stehen ge-

genwärtig nur tausend bis dreitausend Programmstunden der westeuropäischen Filmindustrie gegenüber. Ich halte es für sehr wichtig, daß es uns gelingt, ein international erfolgreicher Wettbewerber im Bereich der weltweiten Programmproduktion zu werden.

Wir müssen also für die Renaissance des deutschen Films, für eine breit angelegte deutsche und europäische Programmproduktion sorgen. Die Einrichtung der Filmförderung reicht da nicht aus. Es bedarf einer weitgespannten kultur-unternehmerischen Initiative auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Ich bin der Auffassung, daß wir die Medienmarktforschung zügig vorantreiben müssen. Hier bieten die von einigen Ländern, insbesondere von Rheinland-Pfalz getragenen Pilotprojekte eine hervorragende Chance. Wir reden viel über die Medien, aber wir wissen immer noch zu wenig über ihre tatsächlichen Wirkungen.

So hat nach neueren Erkenntnissen zum Beispiel Gewalt in der Tagesschau einen tiefergehenden Einfluß als Gewalt in einer Fernsehreihe wie Tatort.

Es ist auch Aufgabe der Bildungspolitik, die neuen Techniken beherrschbar zu halten. Erziehung und Bildung müssen den einzelnen in die Lage versetzen, die Chancen der erweiterten Angebote verantwortungsbewußt und zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit auszuschöpfen.

Die Medienpädagogen sollten sich freilich dann hüten, statt Beratung und Hilfe Rezepte geben zu wollen. Auch für sie gilt der pluralistische Ansatz unseres Bildungswesens. Medienpädagogische Modellversuche, wie sie zum Beispiel in Baden-Württemberg unternommen werden, sind ein richtiger Schritt auf dem rechten Weg.

Das kommende Informationszeitalter muß

auch unserer kulturellen Selbstbehauptung und unserer Sprachkultur dienen. Im Zeichen der weltumspannenden Informationsgesellschaft wäre sonst unsere kulturelle Tradition in Gefahr.

Diese Sorge war es, die mich veranlaßt hat, die Verwirklichung des 3-Sat-Projektes — eines gemeinsam von ZDF, vom ORF und vom Schweizerischen Fernsehen gestalteten Satellitenfernsehprogramms — persönlich voranzutreiben.

Noch bevor die neuen Medien überall in Europa eingeführt sind, hat bereits ihr europäischer Wettbewerb begonnen. Denn unsere Nachbarn Frankreich und Großbritannien haben bereits konkrete Pläne für neue nationale Fernsehprogramme, die via Satellit nach ganz Europa ausgestrahlt werden sollen — und zwar mehrsprachig.

Man kann sich darauf verlassen, daß die Sowjetunion, daß die Staaten im Osten hier nicht lange abseits stehen werden. Je mehr Propaganda sie treiben, desto wichtiger wird für uns die Verbreitung von objektiver Information.

Gerade deshalb müssen auch die Rundfunkanstalten des Bundesrechts, also Deutschlandfunk und Deutsche Welle, an der Nutzung der neuen Satellitentechnik beteiligt werden, damit sie ihren deutschlandpolitischen und internationalen Aufgaben wieder voll gerecht werden können.

Wir sind entschiedene Verfechter des freien Handels, und genauso sind wir für die freie Verbreitung aller Medien, aller Sendungen auf allen Kanälen. Seit jeher vertritt die Bundesrepublik Deutschland in Europa und in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen das Prinzip des freien, uneingeschränkten, grenzüberschreitenden Informationsflusses. Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, diesem Prinzip internationale Geltung zu verschaffen und es weltweit durchzusetzen. ■

■ INNENPOLITIK

Thesen zur inneren Sicherheit

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU, der rheinland-pfälzische Innenminister Kurt Böckmann, und der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses, der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen Rolf Klein, stellten am Montag, 4. März 1985, auf einer Pressekonferenz in Bonn die „Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ vor:

Die Terroranschläge der letzten Zeit haben schlagartig deutlich gemacht, daß die Gefahr durch den Terrorismus weiter besteht und durch seine internationale Verflechtung die besondere Gefährlichkeit zeigt. Aber auch in anderen Bereichen der inneren Sicherheit gibt die Entwicklung Anlaß zur Sorge:

■ Die Kriminalität ist — wenn auch in einigen Deliktsbereichen leicht stagnierend — ungebrochen.

■ Die organisierte Kriminalität nimmt neue und gefährliche Formen an.

■ Strafrechtliches Fehlverhalten wird verharmlost oder zu rechtfertigen versucht.

Diese Entwicklung darf nicht verschwiegen, sie muß vielmehr gestoppt werden. Denn der Schutz der Bürger und des Staates vor Verbrechen ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit. Zwar gibt es gegen Verbrechen keine von heute auf morgen wirkenden Wundermittel, es gibt aber eine Vielzahl von Ansatzpunkten,

um die Kriminalität wirksamer zu bekämpfen, wie in den „Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ aufgezeigt wird.

Die Verbesserung der inneren Sicherheit darf nicht einseitig auf die Polizei oder andere Sicherheitsorgane abgewälzt werden. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der in der Familie, der Schule, in Bildungseinrichtungen, Verbänden und Medien gedient werden muß. Allein mit neuen Planstellen und einer verbesserten Ausstattung der Polizei kann der Kampf gegen das Verbrechen nicht gewonnen werden, wie die letzten Jahre zeigen.

Hauptaufgabe im Bereich der inneren Sicherheit muß es sein, das Rechtsbewußtsein unter allen Bürgern dieses Staates, insbesondere der Jugend, zu festigen: Ohne Achtung des demokratisch legitimierten Rechts gibt es kein zivilisiertes Zusammenleben in einer humanen Gesellschaft. Im demokratischen Rechtsstaat ist nur der Staat berechtigt, Gewalt anzuwenden. Das staatliche Gewaltmonopol ist die Garantie dafür, daß nicht das Recht des Stärkeren gilt.

Mit den Thesen zur inneren Sicherheit aktualisiert die CDU ihr umfassendes Programm zur Festigung der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahre 1982. Die CDU setzt neue Akzente insbesondere

■ bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Die offenen Ermittlungsmethoden der Polizei bei diesen Kriminalitätsformen — wie z. B. beim Drogen- und Waffenhandel, beim Diebstahl und der Hehlerei hochwertiger Kraftfahrzeuge — erweisen sich als zunehmend unwirksam. Der Polizei muß daher die Möglichkeit zu verdeckten Ermittlungen gegeben werden. Soweit erforderlich, sind unverzüglich die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

■ Bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität

Die Umwelt ist auch mit den Mitteln des Strafrechts zu verteidigen. Die Umweltstraftatbestände sind auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und erforderlichenfalls zu ergänzen.

Vornehmste Aufgabe muß es jedoch sein, Umweltschädigungen bereits im Vorfeld zu verhindern. Deshalb müssen die zuständigen Behörden die Einhaltung umweltschützender Normen in Zusammenarbeit mit den Betreibern umweltrelevanter Anlagen verstärkt überwachen.

■ bei der Gewährleistung des Datenschutzes im Bereich der inneren Sicherheit

Unter Berücksichtigung des vom Bundesverfassungsgericht anerkannten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung sind auch im Sicherheitsbereich bereichsspezifische Regelungen zu schaffen. Verwaltungsvorschriften sind soweit nötig durch Rechtsvorschriften zu ersetzen. Dabei darf kein Verlust an Sicherheit für den Bürger eintreten. Datenschutz und innere Sicherheit haben einem Ziel zu dienen: die Freiheit der Bürger in Sicherheit zu gewährleisten. ■

Keine Vorwärtsverlegung von US-Truppen

Die Verlegung von drei amerikanischen Brigaden in weiter ostwärts gelegene Stationierungsräume, wie sie Ende 1980 in der sogenannten „Stoessel-Demarche“ gefordert worden war, sei zwar operativ wünschbar, aber nicht finanzierbar, stellte das Bundesverteidigungsministerium fest. Den USA sei deutlich gesagt worden, daß es nicht möglich sei, Mittel für diese Maßnahme in den Haushaltsplan des Bundes einzustellen. Der deutsche Finanzierungsbeitrag würde sich bei einem Dollarkurs von rund drei Mark auf etwa 2,6 Milliarden DM belaufen.

■ BUNDESTAGSFRAKTION

Beschäftigungsförderungsgesetz entkrampft den Arbeitsmarkt

Das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einstimmig verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Entkrampfung des Arbeitsmarktes und wird die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitnehmer in den Betrieben fördern. Die Union wird alles daran setzen, um dieses Gesetz zügig im Bundestag zu beraten und zu verabschieden. Daß die SPD diesen Gesetzentwurf ablehnt, ist aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten völlig unverständlich. Es zeigt die SPD erneut in der Rolle der Neinsager.

Zentraler Punkt dieses Gesetzes ist die erweiterte Möglichkeit zum Abschluß von Zeitarbeitsverträgen auf eineinhalb Jahre. Dadurch erhalten Arbeitslose eine Chance auf eine zunächst vorübergehende Beschäftigung, die sonst dem Risiko der Dauerarbeitslosigkeit ausgesetzt bleiben würden. Wie die Erfahrung lehrt, münden befristete Arbeitsverhältnisse in dauerhafte Arbeitsverhältnisse ein, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Rudolf Seiters, in Bonn.

Schwerpunkte beim Beschäftigungsförderungsgesetz

Nach den Koalitionsberatungen haben sich folgende wesentliche Änderungen beim Entwurf des Beschäftigungsförderungsgesetzes ergeben:

1. Die einmalige Befristung eines Arbeitsvertrages (Kettenverträge bleiben ausge-

schlossen) wird bis zu 18 Monaten ermöglicht, wenn

- ein Arbeitnehmer neu eingestellt wird,
- Ausgebildete weiterbeschäftigt werden, für die kein Dauerarbeitsplatz zur Verfügung steht (was rechtlich durch den Betroffenen oder den Betriebsrat überprüft werden kann).

Nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf sollten Arbeitsverträge allgemein auf ein Jahr und bei Firmenneugründung auf zwei Jahre befristet werden können, wenn Arbeitslose eingestellt werden.

2. Alle Befristungen des Gesetzentwurfs werden auf den 1. Januar 1990 (statt bisher 31. Dezember 1991) vorgezogen. Dies gilt neben den befristeten Arbeitsverträgen für die Verlängerung der Arbeitnehmerüberlassung von drei auf sechs Monate und die unentgeltliche Vermittlung von Ausbildungsplätzen durch von der Bundesanstalt für Arbeit beauftragte Personen oder Vereinigungen.

3. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wird beauftragt, bis zum 30. April 1986 darüber zu berichten, ob und in welchem Umfang durch das Beschäftigungsförderungsgesetz, vor allem durch die Erleichterung des befristeten Arbeitsvertrages, Überstunden und Sonderschichten zugunsten der Einstellung von Arbeitslosen abgebaut wurden. Sollte diese beabsichtigte Wirkung des Gesetzes nicht eintreffen, wird die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen vorschlagen, um Überstunden unattraktiv zu machen bzw. durch Freizeit auszugleichen.

Aufruf zu den Personalratswahlen

Der Bundesvorstand der CDU hat folgenden Aufruf zu den Personalratswahlen beschlossen:

In diesen Tagen beginnen bei den Bundesbehörden die Personalratswahlen. Wir bitten die Arbeitnehmer, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und an den Wahlen teilzunehmen. Die Personalräte können die notwendige Interessenvertretung um so wirksamer wahrnehmen, je mehr sie sich vom Vertrauen ihrer Kolleginnen und Kollegen in den Verwaltungen getragen wissen. Wir danken daher den Kandidaten, die sich für die Wahlen zur Verfügung stellen.

Die große Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz von dem Einsatz und dem Engagement der Personalräte. Die Alltagswirklichkeit der Arbeitswelt zeigt, daß sich Personalräte der vielen kleinen Sorgen, Nöte und Probleme annehmen müssen. Vertrauen muß erarbeitet werden und Solidarität sich durch Taten beweisen.

Für die CDU ist die Arbeit der Personalräte bei aller Verschiedenheit der Aufgaben genauso wertvoll und wichtig wie die Tätigkeit in Parlamenten.

Die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes fordern wir zu einer fairen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den neugewählten Personalräten auf. Wer Partnerschaft und Zusammenarbeit will, darf auf den Sach- und Fachverstand der Personalräte und ihre Bereitschaft zur Verantwortung nicht verzichten.

4. Die Koalitionsfraktionen werden einen Entschließungsantrag einbringen, durch den die Tarif- und Betriebspartner aufgefordert werden, die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes offensiv zugunsten der Einstellung von Arbeitslosen zu nutzen.

5. Bei sogenannter Arbeit auf Abruf wird präzisiert, daß eine Regelarbeitszeit vereinbart werden muß, die nur begrenzt unter- oder überschritten werden kann. Damit wird für den betroffenen Arbeitnehmer der zeitliche Einsatz und das zu erwartende Einkommen besser kalkulierbar.

6. Bei Arbeitsplatzteilung (Jobsharing) wird präzisiert, daß die gegenseitige Vertretung der beteiligten Arbeitnehmer nur verlangt werden kann, wenn dies für den einzelnen zumutbar und aus dringlichen betrieblichen Erfordernissen unumgänglich ist.

7. Die Wiedereingliederung von Frauen

nach der Kindererziehung soll stärker gefördert werden, indem ihre Teilnahme an beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie ihre Einbeziehung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erleichtert wird.

8. Die Frage, ob — außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes — Teilzeitkräfte auf die Schwellenwerte z. B. in arbeitsrechtlichen Gesetzen „pro rata“ angerechnet werden sollen, wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren von den Koalitionsfraktionen geprüft.

Anke Fuchs: Die Renten sind sicher . . .

Während die SPD im Lande die Angstkampagne bei den Rentnern schürt und die älteren Mitbürger verunsichert, erklärt die sozialpolitische Sprecherin, Anke Fuchs, im Bremer Rundfunk am 2. März 1985: „Natürlich sind die Renten sicher . . .“

Zur Sache:

Darauf kommt es an:

Die Renten sind sicher!

Sicherheit im Alter – darauf haben unsere älteren Mitbürger einen Anspruch. Und sie haben Anspruch auf eine ehrliche Auskunft. Deshalb noch einmal im Klartext:

Die Renten sind sicher und steigen auch in diesem Jahr! Dafür bürgt die Regierung Helmut Kohl – heute und morgen.

Die SPD sollte sich mit ihrer scheinheiligen Kritik lieber zurückhalten. Denn die Rentner haben noch nicht vergessen, wie die SPD-Regierung mit ihnen umgesprungen ist:

● 1980 betrug die Inflationsrate 5,5 Prozent, die Renten stiegen aber nur um vier Prozent.

● 1981 galoppierten die Preise um 5,9 Prozent davon, während die Renten lediglich um vier Prozent zunahmen.

Ergebnis: Jedesmal hatten die Rentner ein dickes Minus im Portemonnaie. Denn was nützt die schönste Erhöhung, wenn die Inflation gleich alles wieder auffrisst?

Deshalb heißt für die Bundesregierung Helmut Kohl das wichtigste Ziel:

Rentensicherheit kommt vor Rentenerhöhung.

Dafür müssen alle Opfer bringen – die Arbeitnehmer mit höheren Beiträgen zur Rentenversicherung und die Rentner selbst mit ihrem Beitrag zur Krankenversicherung. Das trifft viele Rentner sicher hart. Doch sollten sie dabei bedenken: Die Ausgaben der Krankenversicherung für die Rentner werden 1985 voraussichtlich über 40 Milliarden Mark liegen, der Eigenbeitrag der Rentner aber nur bei sechs Milliarden Mark. Das ist ein Solidaritäts-Beitrag der älteren Generation, damit die jüngere Generation nicht unter der Last der Beiträge zusammenbricht.

Die gemeinsamen Anstrengungen haben sich gelohnt: Heute sind die Renten wieder sicher, die Preise sind stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten. Und daran erinnern sich unsere Rentner doch wohl am besten!

Gewiß: Die Zeit der großen Rentensprünge ist vorbei. Doch solide und verlässliche Renten sind besser als eine ungewisse Rentenzukunft.

Es bleibt dabei: Die Renten sind sicher und kommen pünktlich – Monat für Monat. Dafür bürgt die Regierung Helmut Kohl.

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITAT

Die CDU auf der Suche nach ihrem Frauenbild

Wie das bei ihm so ist: Wovon Heiner Geißler überzeugt ist, dafür geht er mit dem Kopf, sollte eine im Weg stehen, auch durch die Wand. Dieses Mal könnte davon die Sache der Frauen ihren Nutzen haben. Eine Vertreterin des neueren Feminismus, die Bonner Autorin Herrad Schenk, war denn auch einigermaßen verwundert, „wie sehr sich das Frauenbild der CDU verändert hat“, was aber ohnehin eine vorschnelle Verallgemeinerung sein dürfte.

Daß Vorsicht, wenn nicht gar Skepsis angebracht ist, das weiß die Feministin Schenk. Im Einleitungsreferat zum „6. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch“ am vergangenen Montag zum Thema „Neue Partnerschaft“ faßte sie ihre im Prinzip positive Haltung zu den Essener Leitsätzen für die Frauenpolitik der CDU zusammen in der Frage: „Soll ich das Wunderbare glauben?“

Neben Herrad Schenk debattierten auch andere engagierte Frauen mit, aus der Partei die Abgeordneten Helga Wex und Renate Hellwig, aus der Frauenszene die Journalistinnen Viola Roggenkamp und Valeska von Roques. Nicht mit dabei, ob schon ursprünglich angekündigt, war die engagierte Streiterin gegen die Emanzipation der siebziger Jahre und Doyenne der „Tendenzwende“-Literatur, Christa Meves...

In der Diskussion im CDU-Haus ging es vergleichsweise ernsthaft zu, zugleich sehr lebhaft und gelegentlich mit kuriosen Frontstellungen. So fand der Noch-Familienminister, der nach Meves „offenbar fest in der Tasche der Feministinnen“ steckt, sich zeitweise im Kreuzfeuer zwischen der linken Feministin Roggenkamp und der ganz und gar nicht linken Jungunternehmerin Angelika Pohlenz: Beide kritisierten, wenngleich aus unterschiedlichen Motiven, das angestrebte Erziehungsgeld mit Arbeitsplatzgarantie.

Wie er dies verwirklichen will, daß muß Geißler auf dem Parteitag erst noch vorzeigen. Der Generalsekretär, angesichts der Wand, durch die er durch muß: „Wir haben uns einiges auf den Buckel geladen.“

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt,
3. März 1985

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 54 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud